

Protokoll

zur Sitzung des Ausschusses für Verwaltungssteuerung,
Gleichstellung und Rechnungsprüfung

Sitzungs-Nr: XVII/08 SteuerA

Sitzungstermin: am Mittwoch, den 05.12.2012, 18:05 Uhr bis 20:15 Uhr

Sitzungsort: Aula der Astrid-Lindgren-Schule, Landstraße 54

Anwesend sind:

Mitglieder CDU-Fraktion

- | | | |
|----|----------|--|
| 1. | Ratsfrau | Bischoff, Lilli bis 20.00 Uhr (TOP 12) |
| 2. | Ratsherr | Schroth, Gerald |
| 3. | Ratsherr | Steuernagel, Marc-Oliver |

Mitglieder SPD-Fraktion

- | | | |
|----|----------|-----------------------|
| 4. | Ratsfrau | Beckmann, Kerstin Dr. |
| 5. | Ratsherr | Bienert, Sigurd |
| 6. | Ratsherr | Gottschalk, Günter |
| 7. | Ratsfrau | Hunte-Grüne, Marlene |

Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

- | | | |
|----|----------|------------------|
| 8. | Ratsherr | Lux, Thomas |
| 9. | Ratsfrau | Westphal, Ulrike |

Mitglieder FDP-Fraktion

- | | | |
|-----|----------|-------------------|
| 10. | Ratsherr | Klockow, Bernhard |
|-----|----------|-------------------|

Mitglieder UWG-Fraktion

- | | | |
|-----|----------|------------|
| 11. | Ratsfrau | Runge, Eva |
|-----|----------|------------|

Beratende nichtstimmberechtigte Mitglieder

- | | | |
|-----|------------------------|---------------------|
| 12. | Herr | Gaum, Wilfried |
| 13. | Behindertenbeauftragte | Heidecke, Hannelore |

von der Verwaltung

- | | | |
|-----|-------------------------|--------------------|
| 14. | Leiter Zentrale Dienste | Hoffmann, Reinhard |
| 15. | Verwaltungsbeamter | John, Roland |
| 16. | Fachdienstleiter | Kramer, Heiko |
| 17. | Erster Stadtrat | Lahmann, Marc |
| 18. | Fachdienstleiter | Müller, Stefan |
| 19. | Fachdienstleiter | Pape, Marcus |
| 20. | Fachdienstleiter | Schwark, Anke |
| 21. | Verwaltungsbeamter | Zeidler, Stefan |

es fehlten entschuldigt

- | | | |
|-----|------|---------------------------|
| 22. | Herr | Bischoff, Claus |
| 23. | Frau | Ganther, Fenja |
| 24. | Frau | Hippert-Glowienka, Anette |
| 25. | Herr | Rasser, Thomas |

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung der Protokolle über die 6. und 7. Sitzung/XVII WP des Ausschusses für Verwaltungssteuerung, Gleichstellung und Rechnungsprüfung am 05.09.2012 und 08.10.2012
4. Bestellung einer Stellvertreterin der Gleichstellungsbeauftragten
XVII/0222
5. Zweite Änderung der Straßenreinigungssatzung und Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung
XVII/0240
6. Beitritt der Stadt Celle und des Landkreises Hildesheim zur gemeinsamen kommunalen Anstalt "Hannoversche Informationstechnologien AöR" HannIT
XVII/0241
7. Jahresabschluss der Stadtwerke Barsinghausen GmbH für das Geschäftsjahr 2011
XVII/0242
8. Haushaltskonsolidierungskonzept 2012 - 2016 hier: Aufhebung von Maßnahmen
XVII/0230
- 8.1. HSK Vorschlag 39 (Kürzung personalbedingter Sachkosten Stadtmarketing)
XVII/0205
9. Kreditaufnahmen im Haushaltsjahr 2012
XVII/0244
10. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013
XVII/0195
11. Mitteilungen der Verwaltung
12. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Nichtöffentliche Sitzung:

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung

Frau Westphal eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Der bisherige TOP5 wird von der Tagesordnung gestrichen und alle weiteren TOP rücken eine Stelle nach. Die Vorlage XVII/205 wird als neuer Top 8a in die Tagesordnung aufgenommen.

Herr Lux beantragt, den TOP10 von der Tagesordnung abzusetzen. Er begründet dies damit, dass noch zu hoher Beratungsbedarf hinsichtlich der zu beschließenden Investitionen vorliegt, der Zukunftsvertrag erst im Januar abgeschlossen werde und noch keine Rückkopplung mit den Parteigremien erfolgen konnte.

Herr Lahmann antwortet, dass das Land einen verabschiedeten Haushalt im Dezember erwartet. Für den Zukunftsvertrag seien nur mehr marginale Änderungen vorzunehmen, so dass die Kommission im Januar über den Vertrag beschließen könne. Er schlägt aus Sicht der Verwaltung vor, den Haushalt wie vorgelegt zu beschließen und für die in den Parteigremien noch nicht abschließend beratenen Investitionen einen Nachtragshaushalt zu verabschieden, um den Zustand der vorläufigen Haushaltsführung möglichst kurz zu halten.

Herr Lux sagt, nach seinem Kenntnisstand könnten Haushalt und Zukunftsvertrag in einer Ratssitzung beschlossen werden. Herr Steuernagel und Herr Klockow sprechen sich für einen Beschluss aus, da das Risiko ansonsten zu hoch würde. Frau Dr. Beckmann weist auf die frühen Sommerferien hin, die eine frühe Haushaltsgenehmigung erfordern, um im Hochbaubereich tätig werden zu können. Sie spricht sich gegen den Antrag von Herrn Lux aus. Herr Bienert meint, es würden durch das Verschieben des Beschlusses keine Verzögerungen entstehen, da die Ausschreibungsunterlagen auch ohne Genehmigung vorbereitet werden könnten. Herr Schroth sagt, dass aus Erfahrung bekannt sei, dass Ausschreibungen zu den kalten Monaten wirtschaftlicher ausfallen und daher eine frühzeitige Genehmigung des Haushalts angestrebt werden sollte, um dadurch eine Entlastung für den Haushalt zu bewirken.

Frau Dr Beckmann bittet darum, den TOP als behandelt zu erklären und die Entscheidung auf eine Verschiebung des Haushalts in den Rat zu vertagen.

Der Antrag von Herrn Lux wird mit 5-Ja-Stimmen, 6-Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Die Tagesordnung wird mit o.g. Änderungen beschlossen.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.
2. Die Tagesordnung für den öffentlichen Teil wird mit der Änderung beschlossen, dass der bisherige TOP5 entfällt und alle weiteren TOP einen Punkt aufrücken. Die Beschlussvorlage XVII/205 wird als neuer TOP 8a eingefügt.
Die Tagesordnung für den nichtöffentlichen Teil wird in vorliegender Form beschlossen.

2. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

3. Genehmigung der Protokolle über die 6. und 7. Sitzung/XVII WP des Ausschusses für Verwaltungssteuerung, Gleichstellung und Rechnungsprüfung am 05.09.2012 und 08.10.2012

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 2

Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Protokolle über die 6. und 7. Sitzung/XVII WP des Ausschusses für Verwaltungssteuerung, Gleichstellung und Rechnungsprüfung am 05.09.2012 und 08.10.2012 werden ohne Änderungen genehmigt.

4. Bestellung einer Stellvertreterin der Gleichstellungsbeauftragten Vorlage: XVII/0222

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Die Bestellung von Frau Barbara Boss zur Vertreterin der Gleichstellungsbeauftragten wird widerrufen.

2. Frau Claudia Wilczok wird im Fall der Abwesenheit der Gleichstellungsbeauftragten zu deren Stellvertreterin bestellt.

5. Zweite Änderung der Straßenreinigungssatzung und Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung Vorlage: XVII/0240

Herr Huschenhöfer erläutert die Vorlage und stellt klar, dass die Ziffer II. der Beschlussvorlage vor allem aus Gründen der Rechtssicherheit aufgenommen wurde, da mit der Satzung aus 2012 eine Veranlagung in 2013f. rechtlich bedenklich gewesen wäre. Für die Jahre 2013 und 2014 werde eine Neukalkulation der Gebührensätze vorgenommen, die kurzfristig bis zur Ratssitzung am 13.12.2012 vorgelegt wird.

Herr Schroth stellt den Antrag der CDU-Fraktion vor und begründet diesen mit der deutlichen Kritik am Winterdienst aus der Bürgerschaft. Herr Klockow sagt, die FDP-Fraktion war damals schon gegen den flächendeckenden Winterdienst und befürworte daher die Ziffer 1) des Änderungsantrages. Er ergänzt, dass dadurch außerdem der Haushalt entlastet werde. Herr Gottschalk meint, er habe durchweg positives von den Bürgern gehört und meint, man solle an der bisherigen Regelung festhalten. Herr Bienert sagt, dass auch er festgestellt ha-

be, dass die Bürger zufrieden sind und auch die Kosten in Ordnung fänden. Die Unzufriedenheit bestünde nur aufgrund der Bescheide. Er fügt hinzu, dass es sich bei der Straßenreinigung und dem Winterdienst um einen Gebührenhaushalt handele, der gedeckt wird, so dass der Haushalt eben nicht belastet werde. Herr Lahmann stellt klar, dass die Stadt einen Eigenanteil von 25% selbst tragen müsse und zudem die eigenen Grundstücke mit 100% der Kosten den Haushalt belasten.

Herr Schroth spricht sich gegen eine „Zwangsbeglückung“ in Sachen Winterdienst aus.

Herr Klockow fragt, wie viele Klagen gegen die Bescheide zu erwarten sind. Herr Huschenhöfer antwortet, dass bei derzeit rd. 7.000 verschickten Bescheiden bislang 70 Klagen eingegangen sind. Er halte dies für eine relativ geringe Anzahl. Auf Nachfrage sagt er, dass die Klagegründe unterschiedlicher Natur seien, sich aber viele vor allem gegen den Winterdienst richten.

Frau Hunte-Grüne hält die Kosten für den Winterdienst für gering und ist der Meinung, man solle den Winterdienst nicht so sehr verharmlosen, da die Belastung gerade für ältere Menschen schon enorm werden kann.

Herr Schroth sagt, die CDU-Fraktion wolle mit dem Änderungsantrag den Winterdienst optimieren und sowohl eine Entlastung beim Bürger als auch beim Haushalt erreichen.

Frau Dr. Beckmann antwortet, dass der Vorsorgegesichtspunkt dabei teilweise außer Acht gelassen werde, da sichergestellt werden muss, dass sämtliche Straßen auch für Rettungs- bzw. Einsatzfahrzeuge erreichbar sein müssten. Dies sei bei den starken Wintern nicht immer gewährleistet gewesen, so dass ein flächendeckender Winterdienst Sinn mache.

Frau Bischoff sagt, jeder solle selbst entscheiden, ob der Winterdienst durchgeführt wird.

Frau Heideke sagt, dass insbesondere die Behinderten ein gesteigertes Interesse an einer Räumung hätten. Sie stellt hier vor allem auf die Barrierefreiheit ab.

Herr Lahmann antwortet hierzu, dass durch eine flächendeckende Räumung die Gehwegreinigung der Anwohner ggf. zweimal erfolgen müsse. Einerseits früh morgens und anschließend, nachdem der Schneepflug die Straßen geräumt hat. Dies sei auch hinsichtlich der Barrierefreiheit für behinderte Menschen kritisch.

Der Antrag der CDU-Fraktion wird mit 4-Ja-Stimmen, 7-Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Der TOP wird als behandelt erklärt.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: behandelt

I.

Der Rat beschließt die Zweite Änderung des Straßenverzeichnisses als Anlage zu § 2 Nr. 2 der Straßenreinigungssatzung vom 23.12. 2011.

II.

1. Die als Anlage 1 beigefügte Straßenreinigungsgebührensatzung wird beschlossen.

Die Gebührensätze betragen:

Für die Straßenreinigung in der Reinigungsklasse I X,XX €/m,

Für die Straßenreinigung in der Reinigungsklasse II X,XX €/m

Für den Winterdienst X,XX €/m.

2. Der Rat nimmt die Gebührenkalkulation für die Straßenreinigungsgebühren für die Jahre 2013 und 2014 zur Kenntnis.

**6. Beitritt der Stadt Celle und des Landkreises Hildesheim zur gemeinsamen kommunalen Anstalt "Hannoversche Informationstechnologien AöR" HannIT
Vorlage: XVII/0241**

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Der Rat der Stadt Barsinghausen stimmt dem Beitritt der Stadt Celle und des Landkreises Hildesheim zur gemeinsamen kommunalen Anstalt HannIT zu.
2. Der Rat der Stadt Barsinghausen stimmt der dieser Beschlussvorlage anliegenden Satzung zur 2. Änderung der Satzung der gemeinsamen kommunalen Anstalt „Hannoversche Informationstechnologie HannIT“ zu.
3. Der Erste Stadtrat wird ermächtigt den dieser Beschlussvorlage anliegenden Öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Beteiligung weiterer Träger in Ergänzung zum Öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Gründung einer gemeinsamen kommunalen Anstalt „Hannoversche Informationstechnologie Hannover“ vom 30.05.2011 und über die Änderung der Satzung der gemeinsamen kommunalen Anstalt „Hannoversche Informationstechnologie HannIT“ abzuschließen.

**7. Jahresabschluss der Stadtwerke Barsinghausen GmbH für das Geschäftsjahr 2011
Vorlage: XVII/0242**

Herr Lux und Herr Bienert sind vom Mitwirkungsverbot betroffen und begeben sich in den Zuhörerbereich.

Herr Klockow hat Nachfragen zum Bilanzverlust der Stadtwerke Barsinghausen GmbH und bittet darum, dass Herr Möller zum VA für Fragen zur Verfügung steht. Herr Lahmann gibt dies weiter.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: behandelt

Die vom Rat benannten Vertreter der Stadt Barsinghausen in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Barsinghausen GmbH werden gem. § 138 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz angewiesen, in der betreffenden Gesellschafterversammlung wie folgt abzustimmen:

1. Der Jahresabschluss 2011 der Stadtwerke Barsinghausen GmbH mit einer Bilanzsumme von 10.875.214,97 EUR und einem Bilanzverlust von 1.345.616,88 EUR wird festgestellt.
2. Der Bilanzverlust von 1.345.616,88 EUR wird auf das Geschäftsjahr 2012 vorgetragen.
3. Den Geschäftsführern und dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Barsinghausen GmbH wird für das Geschäftsjahr 2011 die Entlastung erteilt.

8. Haushaltskonsolidierungskonzept 2012 - 2016 hier: Aufhebung von Maßnahmen

Vorlage: XVII/0230

Herr Lux und Herr Bienert nehmen wieder ihre Plätze ein.

Herr Müller führt ein und verweist auf den ersten Sachstandsbericht, in dem festgestellt wurde, dass die in der Vorlage genannten HSK-Maßnahmen aus dem HSK gestrichen werden müssen. Aus diesem Grund seien sie auch schon aus der Anlage zum Zukunftsvertrag entfernt worden. Er betont, dass die Vorlage nur aus formellen Gründen gefertigt wurde, damit das Verfahren transparent bleibt. Eine Kompensation wird nicht benötigt, da diese Vorschläge die beschlossene Konsolidierungssumme nicht berühren, weil sie bereits im Vorfeld herausgerechnet wurden. Zudem sei seinerzeit ein gewisser Spielraum beschlossen worden.

Herr Gottschalk antwortet, dass der Spielraum immer enger werde und er daher dafür plädiere, auch für derart kleine Fälle Kompensationen zu überlegen. Herr Lahmann antwortet, dass die Verwaltung grundsätzlich Kompensationsvorschläge unterbreite, damit die beschlossene Konsolidierungssumme auch eingehalten werden könne.

Herr Steuernagel stellt den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vor. Die CDU wünsche sich im Fall des Schulstandorts Bantorf mehr Flexibilität und würde die HSK-Maßnahme daher aus dem verbindlichen Teil des § 2 des Zukunftsvertrages streichen. Der Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Die im Haushaltssicherungskonzept 2012 bis 2016 beschlossenen Maßnahmen:

- Lfd. Nr. 155 „Einsparung Bürobedarf im Standesamt“
- Lfd. Nr. 198 „Kürzung HH-Ansatz Erwerb Server“
- Lfd. Nr. 199 „Kürzung HH-Ansatz Erwerb Laserdrucker“

werden aufgehoben.

8.1. HSK Vorschlag 39 (Kürzung personalbedingter Sachkosten Stadtmarketing)

Vorlage: XVII/0205

Herr Lahmann führt in den Sachverhalt ein und erklärt, dass durch eine veränderte Beschlussfassung zum HSK im Vergleich zum Verwaltungsvorschlag die Umsetzung nicht 1:1 möglich ist. Nach erfolgter Organisationsuntersuchung werde im Büro des Rates eine 0,5 VZÄ-Stelle zur Bewältigung der zusätzlichen Arbeiten benötigt.

Herr Schroth stellt den Antrag der CDU-Fraktion vor. Herr Bienert meldet Beratungsbedarf an. Der Antrag wird als behandelt erklärt.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: behandelt

1. Der HSK-Vorschlag

38 (Kürzung Sachmittel Stadtmarketing) und

39 (Kürzung personalbedingte Sachkosten Stadtmarketing) wird angepasst.

2. Die Aufgaben der Stelle Stadtmarketing der SGB werden in der Kernverwaltung in reduziertem Umfang weiter bearbeitet.

3. Im Stellenplan 2013 soll eine Teilzeitstelle im Bereich ZD.1. ausgebracht werden.

9. Kreditaufnahmen im Haushaltsjahr 2012

Vorlage: XVII/0244

Herr Lahmann berichtet über die Kreditaufnahmen in 2012 und zeigt die sehr positive Entwicklung hinsichtlich der Reduzierung der Zinssätze auf.

Herr Müller ergänzt, dass aufgrund des positiven Ergebnisses in der laufenden Verwaltungstätigkeit zur Finanzierung der investiven Maßnahmen des Haushaltsjahres 2012 noch keine Kredite aufgenommen werden mussten.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: Kenntnis genommen

10. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013

Vorlage: XVII/0195

Herr Müller sagt, dass alle Voten der Fachausschüsse und alle sonstigen Erkenntnisse in die vorgelegte Veränderungsliste eingearbeitet worden sind. Als weitere Anlage ist ein umfassendes Kennzahlenpaket vorgelegt worden, welches ein erstes Angebot darstellen und als Einstieg mit dem Umgang von Kennzahlen dienen soll. Herr Müller fügt hinzu, dass außerdem die Ergebnisse der Steuerschätzung eingeflossen sind.

Herr Lahmann erwähnt die sehr positive Entwicklung der Haushaltsergebnisse für 2013 und die mittelfristigen Finanzplanjahre. Er sagt, diese Entwicklung sei auch deshalb so erfreulich, weil bereits alle Ergebnisse aus den Fachausschüssen berücksichtigt sind.

Herr Klockow fragt, ob sich die Spreizung der Regionsumlage dadurch negativ auswirke.

Herr Müller sagt, dass die Spreizung sich positiv auswirkt, da der Hebesatz geringer ausfällt.

Die Erhöhung der Regionsumlage liegt vielmehr daran, dass die eigenen Steuerquellen enorm angestiegen sind und die Region entsprechend daran partizipiert.

Herr Klockow fragt außerdem, wie der Stand hinsichtlich der Bedarfszuweisung ist und ob sich an der Höhe etwas verändert habe. Herr Müller antwortet, dass der Stand unverändert ist, da der Jahresabschluss 2011 noch nicht fertig gestellt ist. Die Zahlung halte er aber nach aktuellen Erkenntnissen für realistisch, die Höhe bleibt dabei unverändert.

Herr Gottschalk moniert die neu berechnete Höhe der Kredite. Er sieht hier eine negative Entwicklung in der Haushaltsplanung. Herr Lahmann sagt, dass die Höhe der Investitionskredite mit dem vorliegenden Investitionsstau zusammenhänge.

Zur lt. Herrn Gottschalk bisher nicht abgebildeten Sanierungsbedürftigkeit der Straßen sagt Herr Lahmann, dass eine Gesamtermittlung der Straßen ausstehe, die dann zu einer konkreten Investitionsplanung führen werde. Er fügt hinzu, dass der dadurch zu erwartende Kreditbedarf aufgrund der Beiträge nach NKAG gedämpft werden wird. Zudem sagt er, dass bei Nichtausführung der Investitionen ggf. außerplanmäßige Abschreibungen entstehen könnten, die negative Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt hätten.

Frau Dr. Beckmann hält fest, dass die Kredite in 2013 und 2014 tatsächlich relativ hoch ausfallen. Unter Berücksichtigung des Investitionsstaus halte sie die Umsetzung konzeptionell aber für sinnvoll und grundsätzlich richtig. Sie sagt, die nachhaltige Instandsetzung der Gebäude und des Infrastrukturvermögens könne zu geringen laufenden Aufwendungen führen. Außerdem weist sie darauf hin, dass das Zinsniveau derzeit sehr gering ist, so dass ein Hin- und Herbewegen der hohen Investitionen nicht unbedingt wirtschaftlich ist.

Herr Schroth sagt, dass die CDU-Fraktion seit 2007 auf nachhaltige Investitionen setze. Er nennt als positives Beispiel die Adolf-Grimme-Schule.

Herr Lux sagt, dass nur durch die Haushaltskonsolidierung überhaupt Spielraum für Investition geschaffen wurde.

Herr Bienert fragt, ob in 2016 tatsächlich keine Kredite notwendig werden. Herr Müller antwortet, dass nach derzeitigen Informationen in 2016 keine Kreditaufnahme nötig wird. Herr Lahmann ergänzt, dass in 2016 nicht nur keine Kreditaufnahme benötigt wird, sondern zusätzlich noch die Tilgung finanziert wird. Herr Bienert hält so dann fest, dass diese positive Entwicklung durch die beschlossenen HSK-Maßnahmen deutlich beschleunigt wurde.

Herr Klockow sagt, dass das HSK in 2010 gegen den Willen von rot/grün auf den Weg gebracht wurde. Er sei stolz auf die Verwaltung und die Fraktionsvorsitzenden, die dieses Ergebnis herbeigeführt haben. Er stellt klar, dass das beschlossene HSK keine Einzelleistung einer Fraktion gewesen sei.

Herr Lahmann erklärt, dass mit Einführung der Doppik der Umgang mit dem Haushalt verändert wurde und zukünftig mehr Bezug zu Zielen und Kennzahlen hergestellt werden muss. Er verweist auf die vorgelegte Anlage mit Kennzahlen zu den wesentlichen Produkten des Haushalts. Er weist außerdem auf den gebildeten Vergleichsring der regionsangehörigen Kommunen hin, in dem zukünftig eine Vergleichbarkeit hergestellt werden soll.

Frau Westphal und Herr Klockow loben die Arbeit des Bereichs Finanzen. Herr Klockow möchte anschließend wissen, wie die Kennzahlen zu verstehen sind. Herr Müller antwortet, dass die Kennzahlen jeweils produktbezogen sind und sich auf die Haushaltszahlen der jeweiligen Produkte beziehen.

Herr Schroth stellt die Haushaltsanträge der CDU-Fraktion vor.

Herr Gaum stellt die Frage der Gegenfinanzierung der Maßnahmen und fragt, wie sich der Antrag zur Städtebauförderung zahlenmäßig auswirken soll.

Frau Dr. Beckmann fragt zum ersten Antrag (Erhöhung Unterhaltungsaufwendungen für Atemschutzgeräte bei den Feuerwehren), ob diese Aufgabe nicht durch die Region durchgeführt werde und wie entsprechend die Gebührenverteilung aussehe. Herr Lahmann antwortet, dass die Anforderungen geändert wurden. Die Frequenz musste erhöht werden und die Erhöhung sei auch auf gesetzliche Anforderungen zurückzuführen.

Herr Schroth sagt, die zusätzlich benötigte Summe zur Städtebauförderung (Ausbau Breite Straße) werde kurzfristig von der Verwaltung ermittelt bzw. geschätzt. Die Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt seien aber gering, da nur die Abschreibungen und die Zinsen ergebniswirksam sind. Die Kompensation müsse also zu 100% im Ergebnishaushalt erfolgen.

Die Haushaltsanträge der CDU-Fraktion werden einvernehmlich als behandelt erklärt.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: behandelt

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan der Stadt Barsinghausen für das Haushaltsjahr 2013 werden beschlossen.

11. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Müller berichtet aus einem Artikel aus der Kommunalen Steuer-Zeitschrift, Heft 9/10, von einem Artikel, der sich wissenschaftlich mit den Gewerbesteuereinnahmen befasst. Er zitiert, dass in dieser wissenschaftlichen Untersuchung festgestellt wurde, dass bei der Größenordnung der Stadt Barsinghausen und einem Gewerbesteuerhebesatz von 450 v.H. bei der Stadt 32,7% der Einnahmen verbleiben würden. Insgesamt wird in dem Artikel festgestellt, dass je höher der Hebesatz, desto mehr verbleibt prozentual auch bei der Kommune. Herr Müller sichert zu, den genannten Artikel den Ratsmitgliedern kurzfristig zur Verfügung zu stellen.

Herr Müller stellt den sehr positiven Ist-Stand im 4. Quartal 2012 vor, wonach die geplanten Erträge um 2,2 Mio. EUR übertroffen werden konnten. U.a. dadurch sei es bisher nicht notwendig gewesen, die veranschlagten Kreditermächtigungen in Anspruch zu nehmen.

12. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Es werden keine Anfragen gestellt.

Nichtöffentliche Sitzung:

Die Sitzung wird um 20:15 Uhr geschlossen.

Ulrike Westphal
Ausschussvorsitz

Marc Lahmann
Erster Stadtrat

Stefan Zeidler
Protokollführung